

Nr. 6303/13  
1994-03-17

II-12960 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

## ANFRAGE

der Abgeordneten Böhacker, Rosenstingl und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend: Finanzierung des Nahverkehrsprojektes 'Bahnhofsvorplatz' in Salzburg

Die Baukosten des salzburger Nahverkehrsprojektes am Vorplatz des Hauptbahnhofes, das eine Tieferlegung des Lokalbahnhofes und einen unterirdischen Busbahnhof vorsieht, werden nach derzeitigen Berechnungen rund das Doppelte der seinerzeit vorgesehenen Summe erreichen. Tatsächlich wurde hinsichtlich der Finanzierung seinerzeit eine Aufteilung der geplanten Summe von 310 Mio.S im Verhältnis 2:1:1 zwischen Bund, Land und Stadt vereinbart.

Nun ist über die Frage, wer die Mehrkosten zu tragen hat, ein Streit zwischen den Vertragspartnern entbrannt, wobei erhebliche Unsicherheit über den Standpunkt des Bundes, insbesondere also des Verkehrsministers herrscht, der einerseits Zusagen abgegeben haben soll, sich daran – so wie dies in anderen Fällen, insbesondere in Wien, geschah – zu beteiligen, andererseits nun dem Vernehmen nach schriftlich jede Beteiligung ausgeschlossen haben soll.

Um diesen Sachverhalt und seine Hintergründe aufzuklären, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

## Anfrage:

1. Wie lautet die Vereinbarung zwischen Bund, Land und Stadt hinsichtlich der Finanzierung des Nahverkehrsprojektes 'Bahnhofsvorplatz' genau?
2. Welche Ursachen sind Ihrer Ansicht nach für die exorbitanten Kostensteigerungen bei diesem Projekt maßgeblich; waren diese Ursachen zum Zeitpunkt der Planung bzw. Vereinbarung der Finanzierung schon absehbar oder gar bekannt?
3. Mit welcher Begründung weigern Sie sich, seitens des Bundes die gestiegenen Baukosten anteilig mitzutragen?
4. Ist es richtig, daß Sie ein Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Salzburg richteten, in dem Sie jede finanzielle Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten für den Umbau des Bahnhofsvorplatzes kategorisch ablehnten, wenn ja, wie lautet dieses genau?
5. Ist es richtig, daß Sie sich mehrfach mündlich vor Zeugen bereit erklärt haben, sich seitens des Bundes an den Mehrkosten zu beteiligen; wenn nein, bedeutet dies für Sie, daß Bürgermeister Dechant die Unwahrheit sagt?
6. Ist es richtig, daß Sie nur unter der Voraussetzung einer Verlängerung der Lokalbahn Richtung Stadtzentrum (Mirabellplatz) zu einer Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten bereit wären?
7. Ist es richtig, daß Sie sinngemäß eine derartige Aussage gegenüber der 'Plattform der Verkehrsinitiativen im Zentralraum Salzburg' gemacht haben und wie lauteten Ihre Aussagen gegenüber den Vertretern dieser Initiative genau?
8. Welche sonstigen Bedingungen stellen Sie allenfalls für eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der zusätzlichen Baukosten?

9. In welcher Höhe können Sie sich eine finanzielle Beteiligung an den zusätzlichen Baukosten vorstellen bei:
  - a. Mehrkosten aus der Baukostensteigerung
  - b. Mehrkosten für die Verlängerung der Lokalbahn
10. Haben Sie in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem Finanzminister geführt; wenn ja, mit welchem Ergebnis?
11. Welche anderen Nahverkehrsvorhaben werden und wurden im einzelnen aufgrund ähnlicher Vereinbarungen zwischen dem Bund und Ländern bzw. Gemeinden errichtet?
12. Weigerte sich der Bund auch bei anderen vergleichbaren Nahverkehrsausbauvereinbarungen, Kostensteigerungen anteilig mitzutragen, wenn ja, in welchen Fällen?
13. Aus welchen Titeln und Steuern wurden in den vergangenen 10 Jahren Bundesbeiträge zu Nahverkehrsinvestitionen in jeweils welchem Gesamtumfang geleistet?
14. Wie hoch waren die Beiträge des Bundes zu Nahverkehrsinvestitionen in den einzelnen Bundesländern in den letzten 10 Jahren?
15. Wieviel an Bundesmittel floß bisher insgesamt in den Bau der Wiener U-Bahn, wieviel werden die laufenden Ausbaumaßnahmen kosten und wird sich der Bund hier an allfälligen Kostensteigerungen beteiligen bzw. hat er dies in der Vergangenheit getan?

Wien, den 17. März 1994